Niederlassung muss attraktiv sein

BLZK-Vollversammlung stärkt die Zukunft inhabergeführter Praxen

Nicht nur Weihnachten steht vor der Tür, sondern auch das Kammerwahljahr 2026. Wer in der Vergangenheit erlebt hat, mit welchem Biss die zahnärztliche Standespolitik in solchen Zeiten Debatten führen kann, dürfte die ordentliche Vollversammlung der BLZK am 29. November mit Spannung erwartet haben. Doch Kammerpräsident Dr. Dr. Frank Wohl richtete einen klaren Appell an die Versammlung: „Nur wenn wir geschlossen auftreten, sind wir Zahnärzte stark!" Mit nahezu einstimmigen Beschlüssen positionierten sich die Delegierten für attraktivere Niederlassungsbedingungen.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung standen stille Momente. Zwar gedenken die Delegierten in jedem Jahr zunächst der Verstorbenen, doch diesmal verabschiedeten sie sich von fünf herausragenden Standespolitikern: dem Protagonisten der zahnärztlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung in Bayern, Dr. Otto Spanner, dem ehemaligen BLZK-Vorstandsmitglied Dr. Thomas Sommerer, dem ehemaligen KZVB-Versammlungsleiter Dr. Gunther Lichtblau, dem um das zahnärztliche Berufsrecht verdienten Dr. Eberhard Siegle LL.M. (siehe Nachruf auf Seite 21 in dieser Ausgabe) und dem drei Tage vor der Vollversammlung verstorbenen ehemaligen LAGZ-Geschäftsführer Dr. Markus Achenbach (Nachruf folgt im BZB Januar/Februar 2026).

Praxen in toxischem Dreieck

Dr. Dr. Frank Wohl resümierte im Bericht des Präsidenten, was für ein politischer Stresstest das vergangene Jahr für die Zahnärzteschaft gewesen sei: Ende der Ampel, vorgezogene Neuwahlen, ein neuer Koalitionsvertrag und ein Wechsel im Bundesgesundheitsministerium. Er identifizierte drei strukturelle Herausforderungen, die weiterhin die wirtschaftliche Realität der Zahnarztpraxen prägten: eine überbordende Bürokratie, ein seit 38 Jahren eingefrorener GOZ-Punktwert und ein akuter Fachkräftemangel. „Diese drei Faktoren wirken wie ein toxisches Dreieck: Die überbordende Bürokratie bedeutet mehr Personalbedarf, der Fachkräftemangel erhöht die Lohnkosten, der eingefrorene Punktwert beschränkt die Finanzierung – und am Ende verlieren unsere Praxen ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit. Wer dieses Dreieck ignoriert, riskiert Versorgungslücken!"

Der verlassene Behandlungsstuhl

Ergebnis dieser Entwicklung seien Anrufe und E-Mails von Bürgermeistern kleinerer Gemeinden bei der BLZK – immer mit dem gleichen Problem: Die letzte Zahnarztpraxis vor Ort schließe ihre Türen. „Der verlassene Behandlungsstuhl wird zum Sinnbild für eine entstehende Versorgungslücke", veranschaulichte Wohl. „Was für Praxisabgeber einst eine Säule der Altersvorsorge war, bricht plötzlich zusammen. Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz



BLZK-Präsident Dr. Dr. Frank Wohl will „das toxische Dreieck zwischen Fachkräftemangel, Bürokratie und eingefrorenem Punktwert sprengen".



Dr. Barbara Mattner, BLZK-Vizepräsidentin und LAGZ-Vorsitzende: „Wir wollen das öffentliche Bewusstsein für Erfolge zahnärztlicher Prävention schärfen!"



Dr. Brunhilde Drew, Referentin Zahnärztliches Personal mit dem Schwerpunkt Ausbildung, präsentierte aktuelle Maßnahmen der BLZK zur Fachkräftegewinnung für die Zahnarztpraxen.

vor Ort, Patienten ihren vertrauten Zahnarzt – und mit ihm das Gefühl, sich auch abseits der großen Städte auf die Gesundheitsversorgung verlassen zu können."

Dr. Dr. Wohl verwies auf Angebote für Praxisabgeber und mögliche Nachfolger: Seminare, individuelle kostenlose Beratung durch das ZEP Zentrum für Existenzgründer und Praxisberatung der BLZK oder die Praxisbörse auf der Website blzk.de. Letztlich aber komme es darauf an, dass die Rahmenbedingungen eine Niederlassung wieder attraktiv machen. „Genau deshalb ist unsere Arbeit am Puls der politischen Entscheidungsträger heute wichtiger denn je."



Von Aktivrente über Fachkräftegewinnung bis GOZ: Nahezu einstimmig fassten die Delegierten zukunftsweisende Beschlüsse.

Inhabergeführte Praxen auf dem Land erhalten!

Die Delegierten verabschiedeten einstimmig einen Antrag mit dem Titel „Inhabergeführte Zahnarztpraxen im ländlichen Raum erhalten und Attraktivität der Niederlassung stärken". Darin stellte die Versammlung fest, die zahnärztliche Versorgung in ländlichen Regionen sei zunehmend gefährdet. Um diesem Trend entgegenzuwirken, forderte sie die politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene auf, freiberuflich geführte Praxen durch faire Vergütungssysteme zu sichern, Bürokratie abzubauen und die Neugründung investorengestützter Zahnmedizinischer Versorgungszentren zu verbieten.

Niederlassung fördern – aber richtig

Mit einem weiteren Beschluss forderte die Vollversammlung die Bayerische Staatsregierung auf, die Zahnärzteschaft in Förderprogramme des Freistaates einzubeziehen, die auf mehr Niederlassungen im ländlichen Raum abzielen. Bislang gelten diese Programme nur für Haus- und Fachärzte, etwa die Landarztprämie in Höhe von bis zu 60.000 Euro, die Unterstützung kommunaler Maßnahmen zum Erhalt der Versorgung im ländlichen Raum sowie spezielle Stipendien. Eine Landarztquote bewerteten die Delegierten nur eingeschränkt als geeignetes Instrument – „unter der Voraussetzung, dass keine unangemessene (‚knebelnde') Benachteiligung der Bewerber entsteht, dass sie unbürokratisch umgesetzt wird und hierfür auch zusätzliche Studienplätze eingerichtet werden".

Fachkräfte gewinnen

Wie die Vollversammlung weiter feststellte, sei die Niederlassung insbesondere im ländlichen Raum für viele Zahnärztinnen und Zahnärzte nur dann eine Option, wenn ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stehe. Die Delegierten forderten die politischen Entscheidungsträger auf Landesebene und in den Kommunen auf, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Als effektiv und richtungsweisend begrüßte die Versammlung die aktuellen Maßnahmen insbesondere des Referates Zahnärztliches Personal zur Gewinnung von Fachkräften. Hierzu zählen die Teilnahme an Berufsbildungsmessen, der Instagram-Kanal #missionzfa und die neuen Quereinsteigerseminare.

Aktivrente auch für Zahnärzte

Weiter votierte die Vollversammlung geschlossen für die Gleichbehandlung von Angestellten und Selbstständigen bei der geplanten Aktivrente. „Dieser steuerliche Freibetrag in Höhe von 24.000 Euro pro Jahr als Anreiz für Arbeiten im Ruhestandsalter muss insbesondere auch für Angehörige medizinischer Mangelberufe gelten, zumal sich der Versorgungsengpass in weiten Teilen Bayerns zuspitzt", so der Beschluss im Wortlaut. Dr. Dr. Wohl zeigte sich verärgert über die Antwort



Dr. Thomas Sommerer und Dr. Eberhard Siegle LL.M. gehörten bis zu ihrem Tod der Vollversammlung der BLZK an. Zum Andenken würdigten die Delegierten ihre verstorbenen Kollegen in Kondolenzbüchern.

der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage, warum die Aktivrente Selbstständigen vorenthalten werde. In der Begründung hieß es, bei Selbstständigen sei der Anteil derer, die im Regelrentenalter weiterarbeiten, bereits sehr hoch. „Das ist leistungsfeindlich, diskriminierend und mutet geradezu zynisch an", tadelte der Kammerpräsident.

GOZ-Punktwert muss Kosten abbilden

Einen kritischen Blick richtete Dr. Dr. Wohl auf den Entwurf einer Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) von Bundesärztekammer und PKV-Verband: „Dieses Konzept ignoriert die zentrale Frage jeder ärztlich freiberuflichen Honorarsystematik: Wie bildet man Aufwand, Zeit, Inflation und Komplexität realistisch ab?" Entsprechend bekräftigte die Versammlung ihre Haltung für eine faire Honorierung zahnärztlicher Leistungen durch die GOZ. Der Entwurf der neuen GÖÄ könne dabei kein Vorbild sein. „Der Punktwert muss die realen Kostenentwicklungen abbilden, Steigerungsfaktoren dem individuellen Behandlungsbedarf eines Patienten Rechnung tragen." Der Kammerpräsident warnte: „Die Politik haben wir hier nicht auf unserer Seite, denn eine Anpassung des GOZ-Punktwertes hätte über die Beihilfe unmittelbare Haushaltswirkung." Wo die Politik blockiere, stärke der GOZ-Senat der BLZK die Praxen durch digitale Informationsplattformen mit den von Dr. Alexander Hartmann erstellten Kalkulationstabellen und durch die GOZ-Roadshow.

Dr. Dr. Wohl: „Weniger Bürokratie, mehr Medizin"

„Was die Politik aber nichts kosten würde, wäre konsequenter Bürokratieabbau", konstatierte der Kammerpräsident. „Rund ein Viertel unserer Behandlungszeit geht für Bürokratie verloren. Das bedeutet: weniger Zeit für Patienten, mehr Frust im Team und höhere Kosten für jede Praxis." Aber er werde nicht locker lassen. „Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Wir wollen weniger Bürokratie, weil wir mehr Medizin wollen." Bürokratieabbau war auch Eckpunkt eines Beschlusses der Versammlung für Krisenfestigkeit: „Ein resilientes Gesundheitswesen muss effizient sein." Jede unnötige administrative Belastung schwäche die Fähigkeit der Praxen, flexibel und schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren, so die Begründung. Da die Zahnmedizin einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen Gesundheit leiste, müssten Praxen auch in Ausnahmezuständen handlungsfähig bleiben. Die elektronische Patientenakte dürfe ebenfalls nicht länger zu zusätzlichem Mehraufwand ohne spürbaren Nutzen für Praxen führen. Mit Blick auf die Krisenfestigkeit rief die Vollversammlung auch die EU und nationale Entscheidungsträger auf, sicherzustellen, dass Ethanol weiterhin als Desinfektionsmittel und in der pharmazeutischen Industrie verfügbar bleibt.

Dr. Mattner: Prophylaxe hat Vorbildcharakter

Mit einer Resolution bekräftigte die Vollversammlung, sich klar für die Stärkung der Eigenverantwortung im Gesundheitswesen einzusetzen, denn: „Die zahnmedizinische Prophylaxe zeigt beispielhaft, wie gut Eigenverantwortung, Prävention und professionelle Versorgung ineinandergreifen. Sie entlastet das Gesundheitswesen, verbessert die Mundgesundheit in allen Bevölkerungsschichten und sollte daher als erfolgreiches Präventionsmodell für andere Bereiche der medizinischen Versorgung dienen."

Prävention ist auch ein Schwerpunktthema der BLZK-Vizepräsidentin und LAGZ-Vorsitzenden Dr. Barbara Mattner. In ihrem Bericht blickte sie zurück auf die Beteiligung am Masterplan Prävention auf Einladung des bayerischen Gesundheitsministeriums: „Wichtig ist die Stärkung des politischen und öffentlichen Bewusstseins für die Anstrengungen und Erfolge zahnärztlicher Bemühungen. Und das bezieht sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern dieser Masterplan hat insbesondere auch die ambulante Pflege im Fokus. Diese ist in der Bayerischen Landeszahnärztekammer auch mit unserem engagierten Pflegebeauftragten Dr. Frank Hummel sehr gut aufgestellt." Die Vollversammlung verabschiedete einstimmig einen Antrag mit dem Ziel, die zahnmedizinische Prävention im Pflegekontext zu stärken und strukturell zu verankern.

Klare Messlatte für die Standespolitik

Die Opposition thematisierte die rechtliche Auseinandersetzung um die Delegiertenwahl beim ZBV München. Der Justiziar der BLZK erläuterte transparent und nachvollziehbar, aufgrund welcher Fristen der Rechtsweg noch nicht abgeschlossen sei.

Alles in allem war die Vollversammlung eine konstruktive Arbeitssitzung, bei der sich der Kampfgeist nicht gegeneinander richtete. Vielmehr wappnete dieses oberste Gremium mit seinen Beschlüssen die Kammer für das Ringen mit der Politik um bessere Bedingungen für die Praxen. Dr. Dr. Wohl bekräftigte, wie wichtig es sei, auch innerhalb der Vollversammlung über Verbandsgrenzen hinweg konstruktiv zu arbeiten. „Die Messlatte für Standespolitik muss lauten: Wer arbeitet zum Wohl der Zahnärzte, der Praxisteams und unserer Patienten?" Mit Blick auf die bevorstehenden Kammerwahlen regten mehrere standespolitische Gruppierungen sogar an, ein Abkommen für einen fairen Wahlkampf zu schließen.

Julika Sandt
Leiterin der Stabsstelle Politik der BLZK



GIERL TRITT NACHFOLGE VON DR. SIEGLE AN

Neuer Vorsitzender der Dr. Fritz Linnert-Gedächtnis-Stiftung sowie des Hilfsfonds und der Unterstützungskasse der BLZK ist Florian Gierl aus Bad Reichenhall. Die Delegierten wählten ihn einstimmig zum Nachfolger des verstorbenen Dr. Eberhard Siegle LL.M. Die Sozialeinrichtungen der BLZK unterstützen bedürftige bayerische Zahnärzte sowie deren Angehörige und Hinterbliebene.